

Mittwoch (Nachmittag), 6. März 2019 / Mercredi après-midi, 6 mars 2019

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion / Direction des travaux publics, des transports et de l'énergie

19 2018.RRGR.521 Motion 162-2018 Imboden (Bern, Grüne)
Masterplan Dekarbonisierung – Umsetzung der Klimaziele von Paris im Kanton Bern

19 2018.RRGR.521 Motion 162-2018 Imboden (Bern, Les Verts)
Programme de décarbonisation – mise en œuvre des objectifs de l'Accord de Paris sur le climat

Der Vizepräsident, Hannes Zaugg-Graf, übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président Hannes Zaugg-Graf prend la direction des délibérations.

Hannes Zaugg Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zum Traktandum 19: « Masterplan Dekarbonisierung – Umsetzung der Klimaziele von Paris im Kanton Bern». Ich gebe der Motionärin, Natalie Imboden, das Wort.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). In der vorliegenden Motion geht es um ein Thema der Klimapolitik, die uns in dieser Session bereits beschäftigt hat und zugegeben weiterhin beschäftigen wird. Das Kernanliegen der vorliegenden Motion ist es, das, was im Klimaabkommen von Paris verbindlich auf der Welt, in der globalen Gemeinschaft beschlossen worden ist, hier in einem Masterplan mit verbindlichen Etappenzielen in der Umsetzung weiter vorwärtszutreiben. Ich glaube, es ist unbestritten: Um die weltweiten Ziele im Klimaschutz zu erreichen, braucht es den Übergang zu einer klimaverträglichen Gesellschaft inklusive Wirtschaft, die ohne Öl, Gas und Kohle auskommt. Diese sogenannte Dekarbonisierung ist nötig, um das Klima zu stabilisieren und den CO₂-Ausstoss zu reduzieren, um damit die Erwärmung in Grenzen zu halten. Das ist es, was die Weltgemeinschaft in Paris beschlossen hat.

Der Kanton Bern beschloss tatsächlich bereits mit seiner Energiestrategie von 2006 wichtige Meilensteine, lange vor dem Abkommen, und formulierte damals Ziele, die der Kanton Bern bis zum Jahr 2035 erreichen will. 16 Jahre, das ist sehr bald. Der Kanton Bern hat sich damals folgende Ziele gesetzt, die wir erreichen müssen: Wärmeerzeugung: 70 Prozent erneuerbar, Mobilität: 10 Prozent davon mit alternativem Antrieb, Stromerzeugung: 80 Prozent erneuerbar und Energienutzung: 20 Prozent weniger Wärmebedarf, mehr Energieeffizienz. Zudem sind in den regionalen und kommunalen Energierichtplänen weitere Meilensteine zu fixieren. Es ist kein Geheimnis und es steht auch schwarz auf weiss, zwar nicht in der Antwort auf die vorliegende Motion, welche die Regierung ja entgegennimmt, was uns sehr freut, sondern in jener auf die Interpellation Vanoni (*I 169-2018*), die Sie ebenfalls in den Unterlagen finden. Wir werden die Zwischenziele, die wir uns bei der damaligen Energiestrategie gesetzt haben, im Jahr 2020 nicht erreichen. Der Vorstoss trägt den Namen «Standortbestimmung zum Klimaschutz nach dem Hitzesommer 2018: Steht die Politik des Kantons Bern im Einklang mit dem Klimavertrag von Paris?» (*I 169-2018*). Darin ist zu lesen, dass wir das Zwischenziel beim Gebäudesektor um 10 Prozent verfehlen werden. Wir hatten uns zum Zwischenziel gesetzt, den CO₂-Ausstoss bis 2020 um 40 Prozent zu verringern. 2020, das ist morgen oder übermorgen.

Auch zum Verkehrsbereich steht dort schwarz auf weiss, dass es immer schwieriger wird, das Ziel, das wir uns bis 2020 gesetzt haben, zu erreichen, nämlich eine Reduktion um 10 Prozent. Das einzige Ziel, das wir erreichen, ist dasjenige, das man bei der Wirtschaft gesetzt hat; das muss man hier positiv festhalten. Dennoch ist es offensichtlich, dass wir die Zwischenziele, die wir uns gesetzt haben, nicht erreichen werden. Und zwar formulierten wir sie aufgrund einer Strategie, die weniger weit geht als die Klimaziele von Paris.

Auch wenn wir anerkennen, dass der Regierungsrat das Anliegen ernst nimmt und diese Motion annehmen will, sind wir mit einer Schubladisierung nicht einverstanden, also mit seinem Vorschlag, die Motion gleichzeitig abzuschreiben. Wer hier abschreibt, denkt, dass das Jahr 2020, das Jahr 2030, das Jahr 2050 nichts mit uns zu tun hat. Aber unsere Kinder, unsere Kindeskinde, unsere

Nachbarskinder, Patenkinder – all diese Kinder sind ganz konkret betroffen. Achten wir doch darauf, dass sie jetzt auf der Strasse stehen und von uns verlangen, dass wir handeln und nicht einfach nur die Augen schliessen. Im Jahr 2050 sind diejenigen, die heute auf der Strasse stehen, etwa so alt wie ich es jetzt bin. Ich werde dann 80 Jahre alt sein und vielleicht als Klima-Grossmutter ebenfalls auf die Strasse gehen. Es ist wichtig, ihr Anliegen ernst zu nehmen. Bitte überweisen Sie diese Motion, und schubladisieren Sie sie nicht, denn das wäre dasselbe, als würden Sie die Augen vor den Aufgaben, die wir noch zu erledigen haben und gemeinsam anpacken sollten, verschliessen.

Noch ein letzter Punkt: Wir haben ja am Montag beschlossen, dass der Grosse Rat hier eine Erklärung diskutieren wird. Die Diskussion geht also weiter. Das also ein Argument mehr dafür, diese Motion nicht abzuschreiben, sondern die Diskussion über die zu ergreifenden Massnahmen weiterzuführen. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung und für die Ablehnung der Abschreibung.

Hannes Zaugg Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Bevor wir zu den Fraktionssprecherinnen und -sprechern kommen, darf ich auf der Tribüne eine Gruppe begrüssen. Es handelt sich um den Vorstand der SVP Ferenbalm, der auf Einladung von Grossrat Lars Guggisberg hier ist. Es wird zuweilen gefragt, ob Gäste dann auch beim Buffet dabei seien. Dazu möchte ich sagen: Ihre Konsumation wird selbstverständlich bezahlt, sie erfolgt also nicht auf Kosten des Kantons. Einfach, damit das alle wissen. Herzlich willkommen! (*Applaus / Applaudissements*)

Jetzt kommen wir zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern. Für die grüne Fraktion: Grossrätin von Wattenwyl.

Moussia von Wattenwyl, Tramelan (Les Verts). Voici la version romande de ce que Natalie Imboden vous a dit : le programme de décarbonisation demandé par cette motion, ainsi que ses objectifs intermédiaires, doivent permettre d'atteindre, ou au moins de s'approcher de l'Accord de Paris que la Suisse a signé. Pour le moment, nous sommes bien loin d'atteindre ces objectifs. La réduction des émissions de CO₂ est reconnue comme urgente par le canton et nous nous en réjouissons. La stratégie énergétique cantonale est jugée bonne, mais ... car il y a un « mais » : force est de constater qu'avec le tout récent rejet de la loi sur l'énergie, les cartes sont à redistribuer. Pour cela, la motion ne doit pas être classée. Le canton cite le rapport du GIEC, pour les Alémaniques l'IPCC, mais qui d'entre vous l'a lu ? Pour le moment, il n'est qu'en anglais, et il est sorti il y a cinq mois, juste cinq mois, donc c'est très récent également. Dans celui-ci, après une liste de risques, des solutions sont proposées. Il est fait état des possibilités de captage et de stockage de CO₂, par exemple, grâce aux forêts ou à l'agroforesterie. Il évoque également entre autres mesures l'importance d'une bonne gestion politique et économique afin d'aller de l'avant. Mesdames et Messieurs, à cause de ces récents événements et afin d'évaluer régulièrement l'évolution de la situation, Les Verts vous demandent d'accepter la motion et de refuser son classement.

Hannes Zaugg Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrat Stampfli das Wort.

David Stampfli, Bern (SP). In der letzten Zeit ist der Klimawandel wieder in aller Munde. Die Jungen gehen auf die Strasse und rufen den Klimanotstand aus, die Medien schreiben in grossen Buchstaben über die Umwelt, in der Politik schreiben sich die Parteien, von denen man es bis jetzt gar nicht erwartet hätte, den Umweltschutz auf die Fahnen. Man könnte fast meinen, es seien alle ein bisschen grün geworden. Das macht durchaus Sinn, denn Umweltpolitik ist nicht einfach grün, sondern auch blau oder rot. Die Umwelt geht uns alle an. Auch die Wirtschaft funktioniert nur mit einer intakten Umwelt, gar nicht zu reden von den wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich mit erneuerbaren Energien eröffnen. Oder denken wir an die Landwirtschaft: Der trockene Sommer 2018 hat eindrücklich gezeigt, was der Klimawandel für die Bauern bedeutet. Und schliesslich ist der Klimawandel auch eine soziale Frage. Die Auswirkungen des Klimawandels treffen immer als Erstes genau diejenigen, die am wenigsten begütert sind. Bleibt der Regen aus, so wie das im letzten Sommer der Fall war, hat derjenige Bauer mit den wenigsten Reserven am meisten Mühe, allfällige Ernteauffälle zu kompensieren. Wir können hier im Kanton Bern den Klimawandel nicht komplett aufhalten. Aber wir können zumindest versuchen, ihn abzdämpfen. Dafür müssen wir aber sofort handeln. Wer immer noch glaubt, wir hätten viel Zeit, soll bitte mal die Alpen im Kanton Bern besuchen und schauen, wie es den Gletschern so geht. Handeln heisst aber, dass wir konkrete Massnahmen ergreifen, genau wie es im Vorstoss verlangt wird. Für uns als Grossrätinnen und Grossräte heisst das, dass wir Gesetze beschliessen, die alle im Kanton Bern in die Pflicht nehmen. Wer

hier auf Eigenverantwortung setzt, handelt verantwortungslos. Es braucht gesetzliche Vorgaben. Der Regierungsrat argumentiert, man könne diesen Vorstoss gut annehmen, dann aber sogleich abschreiben. Denn der Masterplan für die Dekarbonisierung sei gar nicht mehr nötig, der Kanton Bern habe ja bereits eine Energiestrategie. Um die Energieziele zu erreichen, müsse man nur die notwendigen Massnahmen umsetzen, denn so könne die Dekarbonisierung erreicht werden. Aber genau hier harzt es bei der Umsetzung der Massnahmen. Natalie Imboden hat es vorhin bereits angesprochen: Wie wollen wir die notwendigen Massnahmen jemals konkret umsetzen, wenn wir es nicht einmal schaffen, ein neues Energiegesetz einzuführen? – Es braucht konkrete Massnahmen, um den Klimawandel auch im Kanton Bern einzudämmen. Da kommt der Masterplan zur Dekarbonisierung genau richtig. Der Absender spielt keine Rolle. Wie ich gesagt habe: Umweltpolitik ist nicht nur grün, sie ist rot oder blau. Das spielt keine Rolle, denn Umweltpolitik geht uns alle an. Heute können wir einen ersten konkreten Schritt zur Eindämmung des Klimawandels im Kanton Bern machen. Zeigen wir doch, dass wir es mit dem Umweltschutz ernst meinen, sagen wir Ja zum Masterplan der Dekarbonisierung. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion wird den Vorstoss einstimmig unterstützen.

Julien Stocker, Biel/Bienne (glp). Die Klimapolitik liegt uns Grünliberalen ganz besonders am Herzen. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, diesen Vorstoss zu unterstützen. Wir haben die Klimaziele hier im Kanton Bern bei Weitem noch nicht erreicht, und es besteht nach wie vor grosser Handlungsbedarf. Die Klimastreiks machen deutlich, dass das Thema der Bevölkerung unter den Nägeln brennt, und solange wir die Energiewende nicht geschafft haben, bleibt die Dekarbonisierung für den Kanton ein Dauerauftrag. Deshalb werden wir Grünliberale diesen Vorstoss annehmen und nicht abschreiben.

Sandra Hess, Nidau (FDP). Mit der Energiestrategie von 2006 hat der Kanton Bern griffige Energieziele definiert. Anstrengungen zur Reduktion von CO₂-Emissionen sind ein wichtiger Teil davon. Die kantonale Energiestrategie ist eine gute Grundlage für die Dekarbonisierung, und für das Jahr 2035 sind quantitative Ziele festgelegt. Wie sie erreicht werden können, legt der Regierungsrat mit einem Massnahmenplan für jeweils vier Jahre fest und bringt diesen dem Grossen Rat zur Kenntnis. Das nächste Mal wird das im Herbst 2019 der Fall sein. Die FDP-Fraktion erachtet dies als eine zielführende Massnahme, um den Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien zu bewerkstelligen. Es ist auch wichtig, dass damit ermöglicht wird, auf die neuen Entwicklungen zu reagieren, sei es auf dem Energiemarkt oder auf dem überaus dynamischen Technologiemarkt – und natürlich in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und in der Politik. Die FDP ist gespannt auf den Bericht zum Stand der Umsetzung für die Jahre 2019–2022, den uns die Regierung im Herbst vorlegen wird. Wie die Regierung ist auch sie der Meinung, dass es keinen zusätzlichen Masterplan braucht, und unterstützt deshalb die Annahme der Motion und deren gleichzeitige Abschreibung.

Barbara Josi, Wimmis (SVP). Das Pariser Abkommen wird wohl kaum überall umgesetzt werden. Deutschland wird die Produktion der Kohle einstellen, was soziale Probleme zur Folge hat. Polen wird nicht aus der Kohle aussteigen, solange es Kohle gibt, und die Amerikaner würden es wohl erst recht nicht machen. In Asien sind neue Kohlekraftwerke im Bau, und in Australien wird ein neuer Hafen gebaut, nur für den Kohlenexport. Geförderte Kohle wird wohl dann irgendwo verbrannt. Das Wetter und das Klima halten sich nicht an die Staats- oder Kantonsgrenzen. Man kann sich fragen, welchen Sinn es macht, weltweit zu erreichende Klimaziele, deren Erfüllung auf internationaler Ebene leider fraglich ist, auf einen einzelnen Kanton herunterzubrechen. Mit der Energiestrategie aus dem Jahr 2006 hat der Kanton bereits zu einem früheren Zeitpunkt griffige Energieziele definiert, auch zur Dekarbonisierung. Die Ziele haben sich nicht verändert und werden erfüllt. Der Regierungsrat erarbeitet pro Umsetzungsperiode einen Massnahmenplan, der dem Grossen Rat zur Kenntnis unterbreitet wird. Der nächste Bericht zum Stand der Umsetzung für die Jahre 2019–2022 wird dem Grossen Rat in der Herbstsession vorgelegt werden. Es braucht also keine weitere Masterplanung. Weiter hat der Regierungsrat, wie wir gehört haben, zu Beginn dieser Woche die Dekarbonisierung des Wärmesektors in den Regierungsrichtlinien unter dem Ziel 5.5 aufgenommen und definiert. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Ich bin jetzt gerade etwas erstaunt über meine Vorrednerin. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, vertreten Sie die Haltung so nach dem Motto: Weil jetzt alle anderen Kohle verbraten, können wir nicht anders, als das auch zu tun, oder es spielt keine Rolle,

welche energiepolitischen Massnahmen wir hier im Kanton Bern ergreifen. Aber, liebe Frauen und Männer vor allem von der SVP: Ich bin nicht sicher, dass das der richtige Weg ist. Diese Haltung erstaunt mich gerade aus Ihrer Perspektive sehr stark. Oft wohnen Sie auf dem Land in wunderschönen Gegenden und können gleich vor der Haustüre sehen, welche Konsequenzen es hat, wenn wir so weiterfahren, wie wir es bisher immer gemacht haben. Es erstaunt mich umso mehr, wenn dann bei solchen Fragestellungen vorgeschoben wird: «Alle anderen verbrennen auch Fossilien, also machen wir doch gleich weiter wie bisher.» Sie, also gerade diejenigen, die auf dem Land wohnen, sind dann vermutlich die Ersten, die es merken, wenn es zu wenig Wasser gibt in einem trockenen Sommer, oder wenn dann auf einmal die Hänge zu erodieren beginnen. Das hat mich jetzt wirklich etwas erstaunt, und deshalb habe ich versucht, spontan etwas dazu zu sagen.

Die EVP-Fraktion wird diese Motion unterstützen und nicht abschreiben, denn sie kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. Wir haben an der Urne verloren, wir wollten weitergehende Massnahmen im Gesetz festschreiben, damit wir mehr Energie sparen können, und das ist nicht zu Stande gekommen. In der Antwort des Regierungsrats wird nicht erwähnt, wie die Ziele der Energiestrategie nun wirklich auch erreicht werden können. Das vermisse ich. Man kann immer so schön alle vier Jahre auf die Ziele der Energiestrategie verweisen. Denn das ist eine Wolke, die man nicht so genau sieht. Im letzten Bericht zum Stand der Umsetzung 2014 steht: «Im Bereich der Energienutzung konnten die anvisierten Ziele mit den geplanten Massnahmen nicht erreicht werden. Die Sanierungsrate bei einem Gebäude liegt weiterhin bei knapp bei 1 Prozent statt der notwendigen 2 bis 3 Prozenten.» Es geht hier um Gebäude, es ginge um das Energiegesetz, und hier passiert im Moment und in Zukunft nichts mehr. Es ist wichtig, dass Sie Folgendes wissen: «Der Zubau an Gebäuden benötigt mehr zusätzliche Wärme als die Einsparung durch Gebäudesanierungen bewirken.» Netto befinden wir uns also in einer Nullsummengeschichte.

Ich habe die Energiestatistiken des Bundes geprüft. Sie werden jetzt erstaunt sein: Zwischen 2000 und 2016 ist der Gesamtenergieverbrauch in der Schweiz nicht um 1,5 Prozent gesunken, sondern gestiegen – um 1,5 Prozent. Das ist der Gesamtenergieverbrauch. Weshalb? – Die Senkung, die eigentlich durch politische Hebel einerseits und durch technologische Innovationen andererseits erreicht worden ist, wurde sogleich wieder durch das Wachstum der Bevölkerung, durch die Steigerung der Wohnfläche sowie durch das steigende Bruttoinlandprodukt aufgefressen. Beim Pro-Kopf-Verbrauch der Schweiz bringen wir also eine Senkung zustande, aber beim Gesamtenergieverbrauch der Schweiz erreichen wir es nicht. Auch das ist gerade das Problem. Die Ziele der Klimakonferenz 2015 in Paris verlangen eine Reduktion des CO₂-Ausstosses um 50 Prozent bis 2030 gegenüber dem Stand 1990. Das ist eben nicht pro Kopf gemeint, sondern es ist eine absolute Grösse. Es wird nicht berücksichtigt, wie stark eine Wirtschaft oder die Bevölkerung wächst und welche neuen Ansprüche sonst noch mit Handys oder mit Mobilität und so weiter generiert werden. Das ist genau das Problem. Deshalb umso mehr: Wenn man also nur einen kleinen Schritt erreichen und am Horizont nur einen kleinen Teil dieser Ziele sehen will, geht es nicht anders, und wir müssen das konsequenter anpacken. Umso mehr muss die Regierung mitmachen. Es gibt noch einen anderen Grund, weswegen es nicht einfach sein wird: Der CO₂-Ausstoss von Neuwagen, also von neu entwickelten Autos, ist mittlerweile wieder am Steigen, und zwar seit verganginem Jahr. Es gibt wohl kaum eine so hoch entwickelte Technologie, wie das bei der Autobranche der Fall ist. Der Grund für dieses Ansteigen ist, dass es sich bei jedem zweiten Neuwagen um einen Geländewagen handelt. Sie sehen also, dass die Erreichung dieser Ziele, die so wunderschön und ab und zu mal in einer Strategie festgeschrieben werden können, nicht zum Selbstläufer werden. Dort braucht es Anstrengungen.

Beatrice Eichenberger, Biglen (BDP). In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit fasse ich mich kurz. Die BDP-Fraktion wird die Motion annehmen, und einzelne Stimmen werden sich der Abschreibung anschliessen. Das Thema wird zurzeit viel diskutiert, alle sprechen darüber, und wir haben das Gefühl, dass etwas passieren muss. Es ist gut, wenn sich junge Leute Überlegungen dazu machen, und es ist gut, wenn sie auch die Verantwortung wahrnehmen und hoffentlich auch ihr Verhalten an die Ansprüche, die sie stellen, anpassen.

Hannes Zaugg Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Ich gebe Regierungsrat Neuhaus das Wort.

Christoph Neuhaus, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektor. Die Meinungen sind gemacht, der Regierungsrat sagt «Annahme mit gleichzeitiger Abschreibung». (*Heiterkeit / Hilarité*)

Hannes Zaugg Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Ich warte noch, bis die Leute in den Saal zurückgekommen sind. Wer bereits am Essen ist, verpasst halt jetzt die Abstimmung. Wir stimmen darüber ab. Wer diese Motion annehmen will, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung
Vote

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	100
Nein / Non	42
Enthalten / Abstentions	0

Hannes Zaugg Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben den Vorstoss angenommen, mit 100 Ja- bei 42 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Es geht noch weiter, bleiben Sie bitte im Saal! Wir kommen noch zur Abschreibung der Motion. Wer der Abschreibung zustimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Abschreibung)
Vote (Classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	64
Nein / Non	79
Enthalten / Abstentions	0

Hannes Zaugg Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben die Abschreibung abgelehnt, mit 79 Nein- gegen 64 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Ich wünsche Ihnen guten Appetit. Wir treffen uns um 17.00 Uhr wieder hier im Saal.

Hier werden die Beratungen unterbrochen. / Les délibérations sont interrompues à ce stade.

Schluss der Sitzung um 16.30 Uhr. / Fin de la séance à 16 heures 30.

Die Redaktorinnen: / Les rédactrices :

Dorothea Richner (d)

Sara Ferraro (f)